

Wir setzen weiterhin auf eine politische Lösung

Kolumbien und der bewaffnete Konflikt

Im Dialog mit zwei Anführern der FARC

Interview: Sergio Ferrari
Übersetzung: Joseph
Oggier

Am vergangenen 20. Februar erklärte die kolumbianische Regierung den vor drei Jahren mit den „Bewaffneten Revolutionären Kräften Kolumbiens“ (FARC) begonnenen Verhandlungsprozess für beendet.

Die FARC sind die bedeutendste politisch-militärische Organisation des Landes. Sie zählen mehrere Tausend KämpferInnen. Ab diesem Zeitpunkt nahmen die Militäraktionen der kolumbianischen Armee, welche nie eingestellt worden waren, an Intensität zu und das südamerikanische Land scheint mehr denn je in einer Konfrontation ohne Aussicht auf baldige Lösung zu versinken. Dies obwohl die Guerilla an den Verhandlungen als strategischem und unverzichtbarem politischem Instrument festhält. Seit Ende Februar wird die Entwicklung in Kolumbien durch die starke politisch-ideologische Kampagne seitens der Regierung von Andrés Pastrana geprägt, unterstützt durch den globalen Anti-Terror-Diskurs der Bush-Administration. Dabei wird die gesamte Opposition, sei sie bewaffnet, sozial, gewerkschaftlich oder zivil, zu delegitimieren versucht.

So schildern Lucas Gualdrón und Juan Antonio Rojas die Situation, beide Anführer und Mitglied der internationalen Kommission der FARC, auf ihrer Informationsrundreise in Euro-

Man kann sich kaum vorstellen, dass sich dieses 1'140'000 Quadratkilometer grosse Land mit seinem natürlichen Reichtum und unbegrenztem Potenzial seit über 50 Jahren in einem „ewigen Krieg“ befindet. Gibt es keine Möglichkeit, den Konflikt zu beenden?

Rojas: Es existieren zwei Schlüsselemente, welche die Auseinandersetzungen zu erklären vermögen: Erstens rücken die ausgiebigen natürlichen Reichtümer, seien es Gold, Silber, Platin, Erdöl oder der Amazonas selbst, ein wahrhaftes, unvergleichliches Süßwasserreservat, das Land ins Zentrum des Interesses seitens des Imperiums. In 25 Jahren wird die reale globale Macht über die Kontrolle der Wasserreserven entschieden, die so wichtig wie das Erdöl werden. Zweitens die Existenz einer entwickelten Volksbewegung, welche die Souveränität der kolumbianischen Nation sowie einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit und Demokratie als unverzichtbar betrachtet, so wie heute vom „Polo Democrático“ gefordert, der zahlreiche soziale und zivile Sektoren umfasst. Wir sind Zeugen eines tiefen historischen Gegensatzes. Das Aufeinanderprallen der herrschenden Macht und der Opposition auf allen Ebenen erklärt, dass es in der jüngeren Geschichte Fortschritte in Richtung Abkommen und Rückschritte - wie jetzt gerade - gegeben hat.

Trotz der geopolitischen Bedeutung Kolumbiens scheint diese Begründung nicht alles zu erklären, insbesondere nicht den Abbruch des Verhandlungsprozesses, der nahezu 1000 Tage dauerte.

Rojas: Der Abbruch der Verhandlungen war nicht unsere, sondern die Entscheidung der Regierung. Sie war unfähig, die minimalen Vorabmachungen einzuhalten. Am 6. Mai 1999 vereinbarten die Vertreter von Regierung und FARC eine „gemeinsame Agenda für den Wandel in Richtung eines neuen Kolumbiens“. Diese Agenda enthielt Schlüsselemente wie jener Punkt, der die „Revision des ökonomischen Entwicklungsmodells“ festlegt, was für uns der grundlegenden Revision des gültigen neoliberalen Modells entspricht. Nichts davon wurde umgesetzt, trotz der gravierenden sozioökonomischen Situation und der Tatsache, dass 30 Millionen KolumbianerInnen unter der Armutsgrenze leben. Wir schlugen vor, dass die Regierung während der Dauer der Verhandlungen jedes erwerbslose Familienoberhaupt mit 100 Dollar aus dem Budget des ‚Plan Colombia‘ unterstützen solle,

der als Friedensplan präsentiert wurde. Wir erhielten keine Antwort. Nichts! Die Regierenden stellten sich taub, das Elend nimmt zu und die Repression ist die einzige Antwort. Ja, das Ganze ist noch schlimmer: Während wir uns in der entmilitarisierten Zone von San Vicente de Caguán, die 42 Quadratkilometer umfasst, um eine Verhandlungslösung bemühten, ging der Krieg im restlichen Land weiter. Die Unterdrückung durch die Regierung, die Armee und die Paramilitärs wurde nie gebremst.

Gualdrón: Es genügt, einige Zahlen zu betrachten, um die Dimension dieser Repression zu begreifen: Im Jahr 2001 wurden über 200 AnführerInnen von Gewerkschaften und Volksorganisationen ermordet, 1280 verschwanden, also fast vier pro Tag! Im laufenden Jahr sind bereits 45 GewerkschaftsführerInnen umgebracht worden. Dies trotz der in der gemeinsamen Agenda vor drei Jahren festgehaltenen Verpflichtung der Regierung, „den sozialen Protest ungestraft zuzulassen, nicht zu unterdrücken und Mechanismen der Partizipation der BürgerInnen zu vereinbaren“. Welchen Typ Frieden verordnet die Regierung? Welches Projekt eines politischen Auswegs will sie uns aufzwingen? Zum Zeitpunkt des Abbruchs der Gespräche hätten die während 26 öffentlichen Anhörungen formulierten Vorschläge der Guerilla und der Bevölkerung umzusetzen begonnen werden sollen. Doch die Regierung wollte nicht ernsthaft über die tiefgründigen Themen diskutieren, das heisst über die Revision des Wirtschaftsmodells, die Bekämpfung der Armut und der sozialen Polarisierung sowie über die notwendige Umverteilung des Reichtums in unserem Lande, einen Aspekt, den jede reale langfristige Lösung zu berücksichtigen hat.

Existiert dennoch eine Mitverantwortung der Guerilla hinsichtlich dieser Gewaltspirale, wie die Behörden meinen?

Gualdrón: Die Tatsachen und Zahlen sprechen für sich selbst. Im vorhergehenden Jahr registrierten die Menschenrechtsorganisationen täglich zwanzig politische Morde, wovon fünf auf das Konto von Auseinandersetzungen gingen. Die anderen waren abscheuliche Morde, mit klarer und ausschliesslicher Verantwortung seitens der Machthaber und der Paramilitärs! Obwohl sich die Regierung in der Agenda von Mai 1999 dazu verpflichtet hatte, die Paramilitärs zu bekämpfen, erhöhten diese in der Zwischenzeit ihren Bestand von 3000 auf über 8000 Mitglieder - und reden davon, in naher Zukunft 15'000



zu umfassen...

Bahnt sich in Lateinamerika ein neues Afghanistan an?

Gualdrón: Bloss zwei Stunden nachdem die kolumbianische Exekutive den Abbruch der Verhandlungen mit den FARC verkündet hatte, startete eine der gewalttätigsten militärischen Operationen in der jüngeren Geschichte Kolumbiens. Über 180 Luftangriffe auf diverse Punkte in der vorgängig sogenannten geräumten Zone in Caguán wurden geflogen. Es ist offensichtlich, dass alles vorgekehrt war, um rasch vom Politischen ins Militärische zu wechseln, die Verhandlungen definitiv zu beenden und unsere Zerstörung anzustreben.

Rojas: Trotz dieser Offensive wurde nicht ein Mitglied unserer Organisation verletzt, was für unsere Fähigkeit und politisch-militärische Logik spricht. Wir haben nicht feste Positionen, wir sind eine Armee mit einer Kriegsstrategie der sich in Bewegung befindenden Guerillas. Angesichts ihres Scheiterns machte sich die (staatliche) Armee sofort daran, Strassen und Brücken zu zerstören, was ihre totale Verachtung der Leute und derer sozialer Bedürfnisse aufzeigt. Paradoxerweise zerstörte die Armee mit ihren Bombardierungen innerhalb von vier Stunden, was der Staat in 100 Jahren der Untätigkeit nicht aufgebaut und was die Guerilla mit viel Unterstützung aus dem Volk konstruiert hatte.

Befürchten die FARC nicht eine mögliche US-Intervention à la Afghanistan, angesichts der Entwicklung seit dem 11. September und des Umstandes, dass die USA die FARC als „terroristische Organisation“ eingestuft haben?

Rojas: Die USA nahmen uns bereits 1997 auf ihre Liste „terroristischer Organisationen“, als sie sich unserer Stärke und Entschlossenheit bewusst wurden, ein ernsthaftes nationales Projekt zu verteidigen. Wir glauben nicht, dass dieselbe Strategie wie in Afghanistan angewandt werden wird. Wo sollen sie uns angreifen? Wo sollen sie uns Schläge versetzen, wenn wir im

Urwald zerstreut sind? Die dortige Wüste ist nicht unser Urwald mit Tausenden Quadratkilometern natürlich geschützter Fläche. Der totale Misserfolg der Operation vom 20. Februar ist ein schlagendes Beispiel für die Grenzen, die jeder klassischen militärischen Operation in unserem Lande gesetzt sind. Es ist daran zu erinnern, dass unsere KämpferInnen während der Dauer der Verhandlungen nie in den Städten oder Dörfern lebten, sondern in den Lagern. Diese Entscheidung hatte nicht nur präventiven Charakter mit Blick auf unsere Kräfte, sondern diente zugleich der Verhinderung dessen, dass es im Falle eines Angriffs zu Opfern unter der Zivilbevölkerung kommen sollte.

Das nationale Projekt, welches Sie vorher erwähnten, ist ausserhalb Kolumbiens wenig bekannt.

Rojas: Dies ist ein Problem, mit dem wir uns konfrontiert sehen. Vielfach ist nicht bekannt, dass die FARC bereits im April 1993 eine „Plattform für eine pluralistische Regierung des Wiederaufbaus und der nationalen Versöhnung“ präsentierten, welche nach wie vor ihre Gültigkeit hat. Dennoch werden wir ironischerweise kritisiert, weil wir über keine ernsthafte Alternative verfügen würden. Wir laden alle KolumbianerInnen, die eine liebenswerte Heimat - in Entwicklung und Frieden - herbeisehnen, dazu ein, sich für die Bildung einer pluralistischen, patriotischen und demokratischen nationalen Regierung einzusetzen, die eine politische Lösung des historischen Konflikts in unserem Lande garantiert. Dieses zehn Punkte umfassende Programm definiert ein breites Modell einer Nation mit Volksbeteiligung, ökonomischer Entwicklung und Modernisierung mit sozialer Gerechtigkeit, wobei 50% des Haushalts für Soziales und 10% für die wissenschaftliche Forschung bestimmt sein sollen. Wir setzen auf eine Landwirtschaftspolitik, welche die Kredi-



te, die technische Unterstützung sowie den Handel demokratisiert. Wir verteidigen das Konzept der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln. Und der permanente Anreiz zur Produktion, sei es für die kleinen, mittleren oder grossen Unternehmen, verwandelt sich in unserem Programm beinahe in eine Obsession. Dabei darf die bolivarianische Vision der Militärdoktrin nicht unterschätzt werden - mit einer Armee, welche sich der Verteidigung der Landesgrenzen widmet. Unsere Idee beinhaltet eine den Zivilbehörden, dem Innenministerium unterstellte nationale Polizei, eine intensive demokratische Partizipation auf nationaler, regionaler und Gemeindeebene sowie die internationale Vision, welche auf der Selbstbestimmung der Völker und dem gegenseitigen Nutzen beruht.

Wie soll man sich eine solche Regierung vorstellen, wenn Sie wieder im Urwald sind, ohne offene offizielle Kanäle zu den nationalen Institutionen und angesichts einer Bevölkerung, welche den Krieg satt hat?

Rojas: Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass die Verhandlungen ein Schlüsselement für eine dauerhafte, friedliche und strategische Lösung darstellen. Doch wenn es nicht zu Verhandlungen kommt, so verschränken wir deswegen die Arme nicht. Wir treiben die Organisation von unten her weiter voran und versuchen zu wachsen - für die Machtübernahme. Die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung ist eine Tatsache. Doch der Staat lässt uns keine andere Wahl als die Konfrontation. Und die Geschichte zeigt es mit ihren wiederholten Beispielen der Verhandlung, der Entwaffnung und gar des Versuchs der legalen politischen Beteiligung in den letzten Jahren. Es genügt, an Unión Patriótica zu erinnern, einer legalen Organisation, die in den politischen Disput eingreifen wollte. Sie verlor innerhalb kurzer Zeit 5000 ihrer AnführerInnen und Mitglieder, die durch die Mächtigen ermordet wurden. Wenn es wahr ist, dass die Völker des Krieges müde werden, so ist nicht weniger gewiss, dass die Mächtigen Kolumbiens keinen Waffenstillstand zubilligen, um in

Gerechtigkeit und Gleichheit auszurufen.

Kolumbiens Bürgerkrieg bedroht die Pressefreiheit

mn. Im Gefängnis in Bogota waren 27 Insassen massakriert worden. Der kolumbianische Bürgerkrieg wird hinter Gittern im Kleinen ausgetragen. Dank der Korruption können Waffen problemlos reingeschmuggelt werden. Alles deutete auf die Paramilitärs, die rechtsgerichteten „Selbstverteidigungsgruppen“ hin. Das Rendezvous der Journalistin Jineth Bedoya zum Gespräch mit einem Paramilitär wurde zum Alptraum. „Am Gefängniseingang wurde ich entführt. Sie haben mich aus Bogota nach Villavicencio, einer etwa drei Autostunden entfernt gelegenen Stadt gebracht. Dort haben sie mich nach 14 Stunden Entführung einfach irgendwo hingeworfen, nachdem sie mich geschlagen, vergewaltigt und psychisch unter Druck gesetzt hatten.“ Die Behörden wissen bis heute nicht, wer hinter der Entführung von steckt. Letztes Jahr wurden zwölf Journalisten ermordet und unzählige entführt oder bedroht. Peter Korneffel, Mitarbeiter von Reporter ohne Grenzen, lebt in Kolumbien und erklärt: „JournalistInnen, die sich hier in Kolumbien direkt in den Konflikt einmischen, also als Reporter vor Ort arbeiten, versuchen zwischen der Guerilla, zwischen der rechtsgerichteten paramilitärischen Vereinigung zu recherchieren, InterviewpartnerInnen zu finden und der Wahrheit auf die Spur zu gehen, leben sehr gefährlich. Es ist so, dass sie mehr und mehr zwi-

schen diese Fronten geraten, zwischen rechts und links und manchmal im Dickicht des Regenwaldes, der sehr umkämpft ist, aufgrund auch der grossen Kokainanpflanzungen dort, weiss man gar nicht mehr auf welcher Seite man ist. Es geht den Journalisten dann wie vielen Dörfern auch, die bedroht werden, zu kooperieren mit der einen Seite und entsprechend von der anderen Seite bedroht werden und auch immer wieder ermordet werden.“

Der Konflikt zwischen rechtsgerichteten sogenannten Selbstverteidigungsgruppen, den Paramilitärs und der Guerilla ist nur eine Seite der schmutzigen Medaille. Auch dem Militär werden immer wieder Verstösse gegen die Menschenrechte vorgeworfen. Hinzu kommt die allgemeine Kriminalität. Die Justiz in Kolumbien ist wirkungslos. Zu viele Täter gehen straffrei aus, vor allem Mörder und Kidnapper. In so gut wie keinem der 30'000 Mordfälle, die jährlich in Kolumbien registriert werden, kommt es zu einer Verurteilung.

Jineth Bedoya hat am eigenen Leib erfahren müssen, wie schmerzvoll die Suche nach der Wahrheit sein kann. Den persönlichen Schock hat sie noch längst nicht verkräftet, aber sie schreibt wieder zum Thema innere Sicherheit. Ein Flugticket mit Aussicht auf Asyl in Europa -



Jineth Bedoya

wie es einigen wenigen verfolgten Journalisten im Land als Schutzprogramm angeboten wurde - hat sie bisher abgelehnt.

„Ich schulde niemandem etwas. Ich glaube ich habe bis heute meinen Job ehrlich gemacht und deshalb weigere ich mich, mein Land zu verlassen. Kolumbi-

en ist ein bedrohtes Land. Wir sind alle bedroht und die Lösung ist nicht zu fliehen. Einige von uns müssen hier bleiben, uns den Herausforderungen stellen und für unser Land kämpfen.“ Das tut Jineth Bedoya. Erst kürzlich besuchte sie zuerst die Lager der kolumbianischen FARC Guerilla in Venezuela, sozusagen um den venezolanischen Präsidenten Chavez zu widerlegen. Anschliessend sah sie sich auf kolumbianischem Territorium mit Paramilitärs konfrontiert. Dieses Mal hatte Jineth Bedoya Glück. Sie überlebte die Recherche Reise unbeschadet, mit Eindrücken aus beiden Lagern der verfeindeten Gruppierungen.